

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

NIEDERSACHSEN



EUROPA:

**SOZIAL, GERECHT &
DEMOKRATISCH!**

Tischvorlage

Landesdelegiertenkonferenz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen

13./14. April 2024

Weser-Ems-Halle Oldenburg/Neue Festsäle

Ablauf/Vorläufige Tagesordnung LDK in Oldenburg

13./14. April 2024

in den Weser-Ems-Hallen Oldenburg – Eingang Neue Festsäle

13.00 Uhr Delegiertenkartenausgabe

13.15 Uhr Neudelegiertentreffen

13.30 Uhr Einlass in den Saal

Samstag, den 13.04.2024

Beginn **14:00 Uhr**

14:00 Uhr **TOP 1 | Begrüßung und Formalia**

14:15 Uhr **TOP 2 | Solidarisch an der Seite der Jüdischen Gemeinde Oldenburg - Gegen jeden Antisemitismus!**

15:00 Uhr **TOP 3 | Landespolitische Rede** – Julia Hamburg

15:30 Uhr Europapolitische Reden: **Terry Reintke**, Spitzenkandidatin, und **Gebke van Gaal**, Vizevorsitzende GroenLinks

16:15 Uhr **TOP 4 | Europa: Für gute Arbeit und faire Löhne**

17:15 Uhr Danke Jürgen!

18:00 Uhr **TOP 5 | Sonstige Anträge**

Ende am Samstag gegen 19:00 Uhr

Sonntag, den 14.04.2024

Beginn **10:00 Uhr**

9:00 Uhr Austausch mit den grünen Landesminister*innen Miriam Staudte und Christian Meyer (Sitzungsräume im EG)

10:00 Uhr Fortsetzung der LDK

10:15 Uhr **TOP 6 | bundespolitische Rede von Ricarda Lang**

10:45 Uhr **TOP 7 | Demokratie schützen – 75 Jahre Grundgesetz**

11:45 Uhr Landtagswahlen in Ostdeutschland mit **Max Reschke**, Landesvorsitzender Thüringen

12:00 Uhr **Fortsetzung TOP 5**

13:45 Uhr europapolitische Botschaft, Viola von Cramon

Ende am Sonntag gegen **14:00 Uhr**

Inhalt Tischvorlage

Vorläufige Tagesordnungspunkte	Nummer	Antrag/Änderungsantrag	Antragssteller*in	1. A. Seite
Resolution Solidarisch an der...	Reso1	Solidarisch an der Seite der Jüdischen Gemeinde Oldenburg – gegen jeden Antisemitismus	Landesvorstand	1
Weitere Anträge	WA12-Ä1	Für eine sichere Rente und ein gutes Leben im Alter	Landesvorstand	3
	WA14_NEU	Die progressiven Kräfte in Europa bündeln	KV Hameln-Pyrmont	7
	wA21-Ä1	Das Spiel um Schacht Konrad beenden – EIN sicheres Endlager für ALLE schwach- und mittelradioaktiven Abfälle finden Ändern Zeile 2-4 Zeile 6-7 Nach Zeile 18 einfügen...	KV Salzgitter.	8

Verfahrensvorschlag		
Abstimmung: Sonstige Anträge: Verfahrensvorschläge der Antragskommission		
Antragsnr.	Antragsteller*in	Verfahren
wA1	Marcel Richter (KV Braunschweig)	Abstimmung
wA2	Andreas Hoffmann (KV Braunschweig)	Abstimmung
Ä1	Lena Krause (KV Wolfenbüttel)	Übernahme
wA4	LAG Postwachstum & Gemeinwohl (dort beschlossen am: 23.02.2024)	Abstimmung
wA5	KV Wilhelmshaven (dort beschlossen am: 29.02.2024)	Abstimmung
wA6	KMV KV Stade (dort beschlossen am: 20.03.2024)	Abstimmung
wA7	Landesvorstand (dort beschlossen am: 22.03.2024)	Abstimmung
Ä1	Kreisverband Lüchow-Dannenberg (dort beschlossen am: 31.01.2024)	Abstimmung
Ä2	Kreisverband Lüneburg (dort beschlossen am: 27.03.2024)	Abstimmung
wA8	Aike Schäfer (KV Leer/Ostfriesland)	Abstimmung
wA9	LAG Mobilität und Verkehr (dort beschlossen am: 26.03.2024)	Abstimmung
wA10	Landesvorstand (dort beschlossen am: 27.03.2024)	Abstimmung
wA11	Landesvorstand (dort beschlossen am: 27.03.2024)	Abstimmung
wA12	Paul Zeise (KV Lüneburg)	Abstimmung
Ä1	Landesvorstand (dort beschlossen am: 10.04.2024)	Abstimmung
wA14_NEU	KV Hameln-Pyrmont (dort beschlossen am: 07.04.2024)	Abstimmung
wA16	Eberhard Hoffmann (KV Wittmund)	Abstimmung

Verfahrensvorschlag		
Abstimmung: Sonstige Anträge: Verfahrensvorschläge der Antragskommission		
Antragsnr.	Antragsteller*in	Verfahren
wA18	LAG Digitales/Medien (dort beschlossen am: 31.03.2024)	Abstimmung
wA20	LAG Energie & Atom (dort beschlossen am: 29.03.2024)	Abstimmung
wA21	LAG Energie & Atom (dort beschlossen am: 29.03.2024)	Abstimmung
Ä1	KV Salzgitter (dort beschlossen am: 05.04.2024)	Übernahme
wA22	LAG Energie & Atom (dort beschlossen am: 29.03.2024)	Abstimmung
wA23	Tobias Landwehr (KV Vechta)	Abstimmung
wA24	LAG Migration und Flucht (dort beschlossen am: 31.03.2024)	Abstimmung
wA3	KV Salzgitter (dort beschlossen am: 05.03.2024)	Zurückgezogen
wA13	Martin Lüdders (KV Stade)	Zurückgezogen
wA14	Kreisverband Hameln-Pyrmont (dort beschlossen am: 27.03.2024)	Zurückgezogen
wA15	Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)	Zurückgezogen
wA17	Benjamin Etzold (KV Diepholz)	Zurückgezogen
wA19	Lennart Quiring (KV Verden)	Zurückgezogen

Reso1 A Solidarisch an der Seite der Jüdischen Gemeinde Oldenburg - Gegen jeden Antisemitismus!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.04.2024
Tagesordnungspunkt:	2. Solidarisch an der Seite der Jüdischen Gemeinde Oldenburg- Gegen jeden Antisemitismus!

Antragstext

1 Am vergangenen Freitagmittag, den 05. April 2024, wurde ein schrecklicher und
 2 feiger Brandanschlag auf die Oldenburger Synagoge und die Mitglieder ihrer
 3 Gemeinde verübt. Wir verurteilen den antisemitischen Brandanschlag aufs
 4 schärfste und bringen unser tiefes Mitgefühl mit unseren jüdischen
 5 Mitbürger*innen in Oldenburg zum Ausdruck. Denn jeder Anschlag auf eine jüdische
 6 Einrichtung ist ein Angriff auf jüdisches Leben allgemein und jeder Angriff auf
 7 jüdisches Leben ist einer zu viel.

8 Die Spuren an der Tür des Gebäudes sind noch nicht beseitigt, sie sind nicht zu
 9 übersehen und werden sich ins Gedächtnis der jüdischen Gemeinde vor Ort
 10 einbrennen. Antisemitische hat ebenso wie rassistische oder antifeministische
 11 Gewalt keinen Platz in unserer Gesellschaft und ist durch nichts zu
 12 rechtfertigen. Auch wenn Worte das Geschehene nicht ungeschehen machen, die
 13 Angst unserer jüdischen Freund*innen nicht beenden können, ist es uns als
 14 antifaschistische Grüne in Niedersachsen eine Herzensangelegenheit unsere
 15 Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in Oldenburg und Jüdinnen und Juden
 16 überall zu bekunden.

17 Der Anschlag zeigt einmal mehr: Antisemitismus gehört zu jüdischer
 18 Lebensrealität in Niedersachsen und in Deutschland dazu und prägt diese. Die
 19 jahrhundertelangen Kontinuitäten des Antisemitismus in Deutschland sind ein
 20 gesamtgesellschaftliches Phänomen. Jede Form des Antisemitismus gemäß der
 21 Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance und Hass auf
 22 den jüdischen Staat Israel in Niedersachsen muss darum entschieden
 23 entgegengetreten und bekämpft werden.

24 In Deutschland und Europa tritt seit dem antisemitischen Massaker unter Führung
 25 der Hamas, weiterer jihadistischer und nationalistischer Kräfte in Israel am 7.
 26 Oktober 2023 wieder der rabiate, gewaltvolle und offen artikulierte
 27 Antisemitismus gegen als jüdisch identifizierte Personen, Gruppen und
 28 Einrichtungen zu Tage. Dahinter steht die projizierte, falsche Gleichsetzung
 29 jüdischen Lebens mit Israel und der israelischen Regierung. Dennoch ist wichtig
 30 zu betonen, dass der jüdische Staat ein Ort jüdischer Emanzipation ist und sein
 31 Existenzrecht nicht infrage gestellt werden darf.

32 Komplexe Verhältnisse werden nicht richtig verarbeitet, unerfüllte Wünsche in
 33 Wahnvorstellungen umgewandelt und auf Jüdinnen und Juden projiziert und somit
 34 zum Grund der Versagung, der Ungerechtigkeiten der Welt erklärt. Die Folge sind
 35 verbale und körperliche Angriffe gegen Jüdinnen und Juden sowie jüdische
 36 Einrichtungen.

37 Auch wenn noch nicht feststeht, wer und aus welchen Motiven den Anschlag auf die
 38 Synagoge in Oldenburg verübt hat, verzeichnen wir einen Anstieg von

39 antisemitischen Straftaten in Niedersachsen. Das muss uns aufrütteln und zu
40 Konsequenzen führen. Beispielsweise ist das Bejubeln und Propagieren von Hamas-
41 Terror auf deutschen Straßen, Plätzen oder sonstigen öffentlichen Räumen und
42 Einrichtungen nicht hinnehmbar. Es ist ebenso wenig hinnehmbar, dass Eltern
43 angesichts der zunehmenden Bedrohung gegen jüdische Mitbürger*innen Sorge haben
44 müssen, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

45 Bei antisemitischen Vorfällen wird immer noch häufig weggesehen oder sie
46 instrumentalisiert, wenn es politisch opportun ist. Dem stellen wir uns
47 entgegen. Jüdinnen und Juden befinden sich in der bedrohlichsten Lage seit der
48 Gründung der Bundesrepublik. Die Zahl der offen antisemitischen Einstellungen
49 hat sich verdreifacht, und insbesondere bei jungen Menschen sind diese
50 Denkmuster verbreitet. Um dem zu begegnen, bauen wir auf mehr Sensibilisierung
51 für Antisemitismus im Bildungssystem sowie Geld für Kommunen, um jüdische Kunst
52 und Kultur verlässlich auszufinanzieren. Der Etat für die niedersächsische
53 Gedenkstättenarbeit wurde durch unsere rot-grüne Regierung jüngst um rund ein
54 Drittel, also zwei Millionen Euro zusätzlich, erhöht. Das ist ein wichtiger und
55 richtiger Schritt für mehr Bildungsarbeit in den Gedenkstätten.

56 Wie insbesondere Jüdinnen und Juden mit dieser neuen und doch zugleich sehr
57 alten Bedrohung umgehen, bleibt der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft oft
58 verborgen. Für uns ist eine Antwort auf diesen Brandanschlag und die erneute
59 Bedrohung jüdischen Lebens eine Bildungsoffensive gegen Antisemitismus. Doch
60 Bildung allein reicht leider nicht. Auch der Rechtsstaat ist gefragt.

61 Es muss selbstverständlich sein, dass Jüdinnen und Juden in Niedersachsen in
62 Sicherheit und ohne Angst leben können. Die Mittel für Sicherheitsleistungen für
63 jüdische Einrichtungen wurden in diesem Kontext der Lage angepasst um eine
64 Million Euro erhöht. Unsere Sicherheitsbehörden sowie der Verfassungsschutz
65 müssen weiterhin wachsam sein, den Kommunen zur Seite stehen und ggf.
66 unterstützen.

67 Der Polizei danken wir für den starken Einsatz und die erhöhte Sensibilität. Wir
68 wünschen schnellen Erfolg bei den Ermittlungen. Antisemitische Straftaten müssen
69 von den Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt und mit allen zur Verfügung
70 stehenden Mitteln geahndet werden. Insoweit wird der entsprechende Erlass des
71 Niedersächsischen Justizministeriums ausdrücklich begrüßt.

72 Unsere wehrhafte Demokratie muss in der Lage sein, Minderheiten in unserer
73 Gesellschaft zu schützen. Daran misst sich die Freiheit unserer Gesellschaft.

74 Wir appellieren an alle Menschen in Niedersachsen, sich respektvoll, tolerant
75 und friedlich zu verhalten. Menschenrechte und unsere demokratische Grundordnung
76 sind zu achten und zu wahren.

Ä1 Für eine zukunftsfähige und gerechte Rente

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 10.04.2024

Titel

Ändern in:

Für eine sichere Rente und ein gutes Leben im Alter

Änderungsantrag zu wA12

Alle Menschen sollen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde. Auch in Zeiten des Wandels müssen sich alle langfristig darauf verlassen können, dass die gesetzliche Rentenversicherung als Einkommensversicherung einen möglichst großen Teil des Lebensstandards sichert, alle vor Altersarmut schützt und diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden mussten, ausreichend absichert. Angesichts der immer weiter alternden Gesellschaft machen sich junge Menschen Sorgen oder verlieren sogar Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unserer Institutionen und den Generationenvertrag. Hier muss Politik überzeugende Antworten liefern. Nur damit können wir das Vertrauen in eine sichere Altersvorsorge aller Menschen gewährleisten.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die mit Abstand stärkste Säule im so genannten Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung. Rund neun von zehn Euro gehen bei den Gesamtausgaben der Alterssicherung auf ihr Konto. Ihre Legitimität als Pflichtversicherung wird nur dann gewahrt, wenn langjährig Versicherte in der Regel eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus erwarten können. Als Einkommensversicherung muss sie darüber hinaus gewährleisten, dass diejenigen, die über lange Jahre eingezahlt haben, eine Rente erhalten, die das während des Erwerbslebens erreichte Einkommen möglichst weitgehend sichert. Oberste Priorität ist deshalb, das gesetzliche Rentenniveau dauerhaft zu stabilisieren, damit die gesetzliche Rentenversicherung den größtmöglichen Anteil zur Sicherung des Lebensstandards beiträgt, und um Altersarmut zu verhindern.

Im Vergleich zu kapitalgedeckten Formen der Altersvorsorge, besonders der Riesterrente, zeigt sich die gesetzliche Rentenversicherung aufgrund ihrer Verlässlichkeit, ihrer Renditeaussichten, ihres breiten Leistungsspektrums und ihrer solidarischen Risikoverteilung in weiten Teilen als überlegen. Leistungen der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente sind weitgehend an die gesellschaftliche Wertschöpfung und die Lohnentwicklung gekoppelt. Diese entwickelt sich deutlich stetiger und damit verlässlicher als Kapitalmärkte, die den Preisschwankungen von Wertpapieren und den Stürmen von Finanzkrisen kaum geschützt ausgesetzt sind. Die Versicherten genießen im Umlageverfahren eine größere Sicherheit und können ihr Einkommen im Alter bereits frühzeitig abschätzen.

Angesichts ihrer Stärken ist die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur für diejenigen attraktiv, die bereits Rentenbeiträge zahlen und Rentenleistungen erhalten. Ihr umfangreiches Schutzniveau kann und sollte auch den Menschen zugutekommen, die heute nur unzureichend abgesichert sind. Deshalb ist die Gesetzliche Rentenversicherung für weitere Gruppen zu öffnen und zur Bürgerversicherung weiterzuentwickeln.

Insbesondere die betriebliche Altersversorgung stellt eine Ergänzung innerhalb des Alterssicherungssystems dar. In diesem Sinne sollte die betriebliche Altersversorgung über eine Verpflichtung der Arbeitgeber, ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anzubieten und mitzufinanzieren, verbessert werden.

In den kommenden 20 Jahren verdoppeln sich die Kosten für die Rentenversicherung auf 800 Mrd. Euro. Laut des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums würde damit die Hälfte des Bundeshaushalts benötigt, um die Renten zu stabilisieren. Das bedeutet, dass gegebenenfalls die Beiträge für die Rentenversicherungen steigen werden. Für viele jüngere Menschen, die gerade in das Arbeitsleben starten, sind jedoch starke Beitragserhöhungen kaum zu stemmen. Das macht es für zukünftige Generationen noch schwerer, eigene Rücklagen für die Zukunft aufzubauen, wodurch das Risiko für Altersarmut noch stärker steigen würde als bisher. Darum ist es politische Aufgabe, diese Härten abzufedern und eine Lösung zu finden, die einerseits keine unentwegte Rentenbeitragserhöhung bedeutet, andererseits aber nicht Tür und Tor für Renteneintrittsaltererhöhungen öffnet. Um die großen Herausforderungen der Zukunft zu lösen, müssen wir einen gemeinsamen Weg finden, den demografischen Wandel zu meistern, die Lasten zwischen den Generationen und Berufsgruppen fair zu verteilen und gleichzeitig eine auskömmliche Rente für alle zu sichern. Das ist Grüne DNA! Dafür braucht es jedoch eine gemeinsames Bekenntnis und eine ehrliche Kommunikation. Auch das ist Grüne DNA! Erst dadurch gewinnen wir das Vertrauen in eine sichere Rente besonders bei der jüngeren Bevölkerung zurück.

Darüber hinaus setzen wir uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Einrichtung eines einfachen, kostengünstigen, sicheren und öffentlich verwalteten Bürgerfonds ein. Dieser könnte besonders kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, eine zusätzliche und transparente Anlagemöglichkeit für ihre Belegschaften auszubauen.

Der rentenpolitische Hauptfokus muss allerdings auf der Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung liegen. Hierzu gilt es,

1. eine Bürgerversicherung mit dem Ziel einzuführen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden und mittelfristig Beiträge auf alle Einkommensarten gezahlt werden. In einem ersten Schritt sind nicht anderweitig abgesicherte Selbständige, Abgeordnete, Minijobber*innen und Bürgergeld-Beziehende aufzunehmen. Bei den nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen sind dabei bereits bestehende private Altersvorsorgeformen sowie Altersgrenzen zu berücksichtigen und flexible Beitragszahlungen sowie Karenzzeiten zu ermöglichen.

2. das gesetzliche Rentenniveau dauerhaft mindestens auf dem heutigen Stand zu stabilisieren und eine nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung über einen Maßnahmenmix sicherzustellen, indem

- die Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgeweitet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und der Gender Pay Gap geschlossen wird,
- allen Arbeitnehmenden ein gesünderes und längeres Arbeiten ermöglicht wird, unter anderem über die Förderung von alterns- und altersgerechten Arbeitsbedingungen, mehr Gesundheitsprävention sowie die Schaffung von individuellen Übergangslösungen in den Ruhestand, etwa über eine Teilrente ab 60 Jahren,
- die Beschäftigungssituation von prekäre Beschäftigten verbessert wird - durch Equal Pay in der Leiharbeit ab dem ersten Tag sowie einem Flexibilitätsbonus, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die Anhebung des Gesetzlichen Mindestlohns auf 60 Prozent des Medianlohns sowie Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung,
- Zugewanderten einen unkomplizierten und nachhaltigen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.
- Vielverdienende über höhere Beiträge auch mehr beisteuern. Deshalb wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze erhöhen

3. eine arbeitgeberfinanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage einzuführen, mit der vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine auskömmliche Rente erhalten.
4. die Grundrente schrittweise zu einer Garantierente weiterzuentwickeln, die den Menschen, die mindestens dreißig Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantiert.
5. die Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner im Rentenbestand besser zu unterstützen, indem alle Personen, die heute eine Erwerbsminderungsrente beziehen und von den Verlängerungen der Zurechnungszeiten in den vergangenen Jahren nicht oder nicht vollständig profitiert haben, über einen Zuschlag besser abgesichert werden.

Die Stabilisierung des Rentenniveaus ist eine zentrale Grüne Beschlusslage und dringend notwendig. Ohne diesen Schritt würde das Niveau ab dem Ende der 20er Jahre schnell absinken und von heute 48,2 Prozent bereits 2035 auf 45,3 Prozent und ab 2040 auf unter 45 Prozent fallen. Läge das Rentenniveau heute schon bei nur noch 45 Prozent hätte eine Person, die 40 Jahre lang durchgehend genau 75 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient hätte (das entspricht aktuell rund 3.200 Euro und da liegen sehr viele drunter) heute eine gesetzliche Altersrente in Höhe von 1.053 Euro. Damit wäre sie ohne weitere Einkommen in einigen Städten wie München, Stuttgart oder Frankfurt am Main fast auf ergänzende Leistungen angewiesen.

Ein Absinken des Rentenniveaus wäre besonders für Frauen und für Menschen in Ostdeutschland schwer zu bewältigen. In den neuen Bundesländern sind Betriebsrenten und die private Altersvorsorge deutlich weniger verbreitet als im Westen. Dementsprechend sind Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung hier von besonders großer Bedeutung.

Die langfristige Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus bei 48 Prozent führt laut Bundesarbeitsministerium dazu, dass der Beitragssatz (ohne Zuführungen aus dem Generationenkapital von heute 18,6% statt von 19,7% im Jahre 2028 auf 20%, im Jahre 2030 statt von 20,2% auf 20,6% und bis 2045 statt von 21,3% auf 22,7% , also mit Verlängerung der Haltelinie beim Rentenniveau um bis zu 1,4 Punkte höher steigen wird als nach geltendem Recht. Dies entspricht für Durchschnittsverdienende nach heutiger Kaufkraft einer Brutto-Mehrbelastung von rund 25 Euro pro Monat. Im Gegenzug wird das Rentenniveau stabilisiert.

Als Ergänzung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung soll eine Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet werden, die vom Bund Eigenkapital und Darlehen erhält, um bis 2036 einen Kapitalstock von 200 Milliarden Euro aufzubauen. Dieser soll danach weiter wachsen.

Ab 2036 sollen dann Auszahlungen allein aus den Kapitalerträgen von durchschnittlich 10 Milliarden Euro pro Jahr erfolgen. Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben der GRV betragen im Jahr 2022 rund 360 Milliarden Euro. Laut den Berechnungen des Finanzministeriums ist in den 30er Jahren mit einer entsprechend geringen Dämpfung des Beitragssatzes um 0,3 bis 0,5 Beitragssatzpunkte zu rechnen. Die Deutsche Rentenversicherung geht von 0,3 Beitragssatzpunkten aus. Anders als bisher würde damit der demographische Finanzierungsbedarf der gesetzlichen Rentenversicherung durch Kapitalmarktrenditen gemindert.

Vor diesem Hintergrund fordert die LDK die Grüne Bundestagsfraktion auf, dafür zu sorgen, dass

- die Verwendung von Beitragsmitteln für den Aufbau des Kapitalstocks gesetzlich ausgeschlossen wird, da anderenfalls mit Rentenkürzungen zu rechnen wäre;
- eine parlamentarische Kontrolle der Stiftung gewährleistet ist und auch der Erlass der Anlagerichtlinie nicht am Parlament vorbei erfolgt. Die Wahl der Anlagekriterien ist eine legislative Entscheidung.

- sichergestellt wird, dass das Generationenkapital ambitionierte ESG-Kriterien erfüllt,
- und auf die Zuführung von Eigenmitteln in Form von Bundesbeteiligungen verzichtet wird, da deren Vermögenserträge dann nicht mehr dem Haushalt zugutekommen würden
- die Weiterentwicklung von Konzepten für eine zuverlässige Rente voranzubringen, die belastbar und glaubhaft Sicherheit garantiert für die jüngere Generation

wA14_NEU Die progressiven Kräfte in Europa bündeln

Gremium: KV Hameln-Pyrmont

Beschlussdatum: 07.04.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Sonstige Anträge

Antragstext

- 1 Bei der anstehenden Europawahl erwarten Demoskop*innen einen deutlichen
- 2 Rechtsruck. Wir GRÜNE in Niedersachsen betrachten diese Entwicklung mit großer
- 3 Sorge. Am Beispiel Polens sehen wir aber auch, dass es gelingen kann, ein von
- 4 der PIS-Partei jahrelang rechtsnational regiertes Land wieder zu
- 5 redemokratisieren, wenn die demokratischen und progressiven Kräfte
- 6 zusammenstehen und bei aller Unterschiedlichkeit in Sachfragen Allianzen bilden.
- 7 Auch wenn die Ausgangslage bei der Europawahl eine deutlich andere ist, der in
- 8 Polen erfolgreiche Grundsatz gilt dennoch auch hier: Nur durch die Bündelung der
- 9 progressiven Kräfte kann Europa sozial und ökologisch weiterentwickelt werden
- 10 und den auch innerhalb der Union wachsenden Fliehkräften entgegenwirken. In
- 11 diesem Sinne bitten wir unsere künftige grüne Fraktion im EP zu agieren.

Ä1 Das Spiel um Schacht Konrad beenden – EIN sicheres Endlager für ALLE schwach- und mittelradioaktiven Abfälle finden

Antragsteller*in: KV Salzgitter

Beschlussdatum: 05.04.2024

Änderungsantrag zu wA21

Von Zeile 2 bis 4:

1. das nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik als Atommüllendlager ungeeignete ehemalige Erzbergwerk Schacht Konrad als Endlager endgültig aufzugeben und von dem Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb des Bergwerkes Konrad als Atommülllager nicht länger Gebrauch zu ~~machen~~, machen und die Um- und Ausbauarbeiten zu stoppen

Von Zeile 6 bis 7:

2. tiefengeologischen Standort für die dauerhafte Lagerung aller schwach- und mittelradioaktiver Abfälle zu starten und ~~in diesem Zusammenhang~~ dies im neuen Nationalen Entsorgungsprogramm 2025 (NaPro 2025) festzuschreiben.

Nach Zeile 18 einfügen:

6. den Antrag diverser Umweltverbände auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses von 2002 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der zweiten Phase der gegenwärtig laufenden „Überprüfung der sicherheitstechnischen Anforderungen des Endlagers für radioaktive Abfälle Konrad“ (ÜSiKo) zu prüfen und zu entscheiden.